



Zwist ums Geld für das Kind

Die Grossratskommission fordert höhere Kinderzulagen, die Wirtschaftsverbände sind dagegen.

**Matthias Niederberger
und Philipp Indermühle**

Im Kanton Aargau werden aktuell Kinderzulagen von monatlich 200 Franken pro Kind und Ausbildungszulagen für Jugendliche ab 16 Jahren von 250 Franken ausbezahlt. Dies entspricht den Mindestansätzen. Der Regierungsrat schlägt eine Erhöhung dieser Zulagen um 10 Franken auf 210 (Kinderzulage) beziehungsweise 260 Franken (Ausbildungszulage) pro Monat vor.

Die Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) des Aargauer Grossen Rats unterstützt dieses Anliegen grundsätzlich. Allerdings will sie beide Zulagen um je 40 Franken anheben. Denn: Der schweizerische Durchschnitt liegt bei den Kinderzulagen knapp 40 Franken über dem Aargauer Ansatz, bei den Ausbildungszulagen liegt das schweizerische Mittel rund 50 Franken höher. Die Kommission spricht sich deshalb für eine Erhöhung auf 240 beziehungsweise 290 Franken pro Monat aus. Laut Kommissionspräsident Severin Lüscher standen vier Varianten im Raum: keine Erhöhung, eine Erhöhung um jeweils 10 oder 40 Franken oder eine Erhöhung des absoluten Betrags auf 275 respektive 325 Franken pro Monat. «Jede Variante hatte irgendeinen Fan», fasst er die Ausgangslage zusammen.

Nach ausgiebiger Debatte sei die Mehrheit zum Schluss ge-

kommen, dass man gleich um 40 Franken erhöhen müsse, wolle man sich ernsthaft dem schweizerischen Durchschnitt annähern. Auf die Frage, wie knapp der Entscheid war, sagt Lüscher: «Es war eine Mehrheit, aber keine mächtige Mehrheit.»

Nebst der Angleichung an die anderen Kantone sei auch die Standortattraktivität als Grund genannt worden: «Familienfreundlichkeit trägt zu einem attraktiven Standort bei», sagt Lüscher. Die Teuerung habe hingegen keine Rolle gespielt, für entsprechende Anpassungen sei der Bund zuständig.

Für die Mehrkosten müssten laut Lüscher die Arbeitgeber aufkommen. Allerdings sei der Aufwand im Vergleich zur Gesamtlohnsumme äussert klein. «Im Aargau fehlt es derzeit an Instrumenten, um Familien zu unterstützen, deren Einkommen knapp über der Sozialhilfegrenze liegt», erklärt Lüscher. Auch deshalb spreche sich die Kommission für höhere Zulagen aus.

Kritik von SVP, FDP und Wirtschaftsverbänden

Widerstand kommt vom Aargauischen Gewerbeverband (AGV), der **Industrie- und Handelskammer (AIHK)** sowie von der SVP und FDP. Sie lehnen die «massive Erhöhung» der Familienzulagen ab, wie es in einem Communiqué heisst. Der Vorschlag der Kommission werde

«mit Erstaunen zur Kenntnis genommen». Bei der vom Regierungsrat beantragten Erhöhung entstünden den Arbeitgebenden und Selbstständigerwerbenden jährliche Mehrkosten von 15,1 Millionen Franken. Die von der Kommission nun beantragte Erhöhung würde die Unternehmen mit zusätzlichen 60 Millionen Franken belasten, befürchten SVP, FDP und Wirtschaftsverbände. «Sie blendet damit die bestehenden und bekannten sich anbahnenden finanziellen Belastungen auf das Gewerbe und die Industrie völlig aus.»

Statt die Familienzulagen für alle zu erhöhen, sollte die Politik laut SVP, FDP und Wirtschaftsverbänden Instrumente schaffen, «mit welchen Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen effektiv geholfen wird und nicht völlig ungezielt mit der Giesskanne die Unternehmen stärker belasten.» Der über den regierungsrätlichen Antrag hinausgehende Antrag der GSW sei daher klar abzulehnen.

Die Vorlage wird wohl im Juni im Grossen Rat behandelt. Das Parlament wird entscheiden, ob und um wie viel die Kinder- und Ausbildungszulagen tatsächlich erhöht werden. Für Lüscher persönlich gibt es ein klares No-Go: «Ich fände es peinlich, wenn nach dem ganzen Prozedere alles so bleiben würde, wie es war.»